

Das Wallis im wirtschaftlichen und politischen Umbruch Die Verfassung vom 8. März 1907

Thomas TROGER

Um den langen und schwierigen Entstehungsweg der auch 100 Jahre später noch gültigen, aber heute in ihrer Gesamtheit doch revisionsbedürftigen Kantonsverfassung vom 8. März 1907 verständlich zu machen, ist ein Rückblick auf die Situation des Wallis im 19. Jahrhundert mit seiner gesamten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung unerlässlich. Nur in diesem Kontext lässt sich die Verfassung in ihrer historischen Tragweite verstehen und es wird ersichtlich, warum sie bereits seit mehr als einem Jahrhundert als Grundnorm für den Kanton Wallis Bestand haben konnte. Der folgende Rückblick zeigt auch die Weitsicht der damaligen Verfasser in einem schwierigen Umfeld auf, welche zum einen die verkrustete politische Struktur aufbrechen und zum anderen den Weg für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung ebnen mussten. Diese Arbeit hat nicht zum Ziel, eine vertiefte Einsicht in die einzelnen Verfassungsbestimmungen zu gewähren, sondern die Entstehungsgeschichte der Verfassung aufzuzeigen und am Ende einen kurzen Ausblick in die Zukunft zu gewähren¹.

1. Das Wallis im Wandel des 19. Jahrhunderts

Zu Beginn des Jahrhunderts

«O ja, vielgeliebtes Vaterland! grossartiges, majestätisches und fruchtbares, einzig in deiner Art und noch niemals gänzlich erforscht, wohl nirgendwo anders vereinigen sich in so kleinem Raume wie hier die Klimate und Produkte aller Breiten von Island bis Sizilien. Die schnelle Abwechslung der entgegengesetzten Gegenstände, die unbeschreibliche Mannigfaltigkeit einer grässlichen, Tod und Zerstörung ankündigenden und hinwieder der schönen und fruchtbaren Natur.»² Mit diesen malerischen Worten umschrieb der Walliser Lorenz Justin Ritz im Jahre 1839 seine Heimat. Das Wallis war ein Tal der Gegensätze und ist es bis heute geblieben. Im Gegensatz zu unseren Tagen hatte das Wallis während des

¹ Dieser Artikel beruht hauptsächlich auf meiner juristischen Dissertation, *Geschichte der Verfassung des Kantons Wallis vom 8. März 1907*, Visp, 1988. – Zur Geschichte des Wallis im 19. und 20. Jahrhundert siehe die neueren Arbeiten, namentlich: Arthur FIBICHER, *Walliser Geschichte*, Bde 3.1 und 3.2, Sitten-Visp, 1993-1995, sowie *Histoire du Valais*, éd. Société d'histoire du Valais romand, Bd 3, Sitten, 2002 (*Annales valaisannes*, 2000-2001).

² Lorenz Justin RITZ, «Notizen aus meinem Leben», hrsg. von Anton GATTLEN, in *Vallesia*, 16 (1961), S. 127.

gesamten 19. Jahrhunderts wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitisch auf die umliegenden Länder und auf die übrigen Kantone der Eidgenossenschaft einen jahrzehntelangen Rückstand aufzuholen. Das erkannte schon Eschasseriaux, als er im Jahre 1806 über das Wallis schrieb: «L'histoire du 14^e siècle est encore pour lui l'histoire du temps présent, les traits de caractère national sont les mêmes, et le temps qui s'est écoulé depuis cette époque ne signale aucun changement dans son existence morale, aucune amélioration dans son système d'économie politique.»³

Ursachen dieser allgemeinen Zustände im Kanton Wallis gab es mehrere: Das Wallis, eingebettet in eine wunderschöne und unberührte Bergwelt, war nur durch seinen natürlichen Ausgang, die Enge von St. Maurice, verkehrstechnisch mit der restlichen Eidgenossenschaft verbunden. Wohl hatte man schon sehr früh die Wichtigkeit des Wallis als Transit- und Verbindungsland zwischen Frankreich und Oberitalien erkannt, doch war das Wallis äusserst schlecht erschlossen. Erst mit der Inbetriebnahme der Route Napoleon (1805 über den Simplon als Militärstrasse) fand eine Verbesserung der Verkehrssituation statt. Wurde schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den meisten Ländern Westeuropas und in den anderen Schweizer Kantonen die Eisenbahn gebaut, so musste das Rhonetal bis in die späten Siebzigerjahre warten, um endlich eine Bahnverbindung bis Brig zu erhalten. Aber auch der Rotten, dieser damals so wilde und ungebändigte Fluss, der sich seinen Lauf durch das ganze Wallis von Gletsch bis zum Genfersee selber suchte, tat das Seine zu dieser unglücklichen und misslichen Lage des Kantons. Die regelmässigen und starken Überschwemmungen machten ein Bebauen der gesamten Talsohle von Brig bis St. Maurice streckenweise fast unmöglich. Hinzu kam der lange und strenge Winter, der oft mit gewaltigen Lawenniedergängen bestes Kulturland in den Bergtälern mit Schutt, Geschiebe und Dreck übersäte.

Doch nicht nur die natürlichen Gegebenheiten, sondern auch die Mentalität des damaligen Wallisers schienen einem Fortschritt in diesem Gebirgskanton entgegenzuwirken. Lorenz Justin Ritz klagte in seinen Lebensnotizen:

Wie kommt es [...], dass Du dennoch arm, verachtet, von allen [...] misskant bist, ja selbst von deinen eigenen Bewohnern so wenig gekannt, gepflegt, durchforscht und beschrieben bist?! – Was möchte denn doch die Ursache sein, warum du nach so vielen aufgezählten Vorzügen, die nicht zu erschöpfen und dir unbestritten eigen sind, dass du dennoch, sage ich, dennoch arm, unwissend und im Hintergrunde liegst, so zwar, dass allerorten gesagt wird: Wallis sei allen andern Ländern zurück?! – Ist's möglich, dass der ganze grosse Talgrund noch jetzt, der Rhone preisgegeben, aus Auen und Sandwüsten bestehe, aus welchen stehenden Wassern und Pfützen verheerende Krankheiten entstehen, welche unangebaute Moore und Moose mit sich bringen müssen? [...] Warum die grosse Unwissenheit [...]? Das sind freilich grelle, dunkle Schatten [...], beweist aber weiter nichts, als dass dasjenige was Gott gemacht gut ist, dass unser Land von Natur aus schön und fruchtbar sei, aber dass es die Bewohner so wie ein nichtswürdiger Vogt seine Pupille, so wir Walliser unser Vaterland und dadurch uns selbst vernachlässigen. Daher (sind) bei uns Künste und Wissenschaften so selten, daher Handel und Industrie verachtet und erdrückt, daher (ist) bei uns alles in Misskredit, was andere Kantone reich und blühend gemacht.⁴

³ Joseph ESCHASSERIAUX, *Lettre sur le Valais et sur les mœurs de ses habitants*, Paris, 1806, Neu-druck Genf, 1980, S. 16. Eschasseriaux war der Geschäftsträger von Kaiser Napoleon Bonaparte im Wallis.

⁴ RITZ, «Notizen aus meinem Leben», S. 127-128.

Diese wehmütigen und leidenschaftlichen (aber gewiss auch nicht ganz vorurteilslosen) Worte aus dem Munde des Walliser Künstlers Ritz lassen wirtschaftliche und soziale Missstände im Kanton und die Mentalität der Einwohner errahnen. Eindrücke, welche die ersten Naturgelehrten, die grösser werdende Zahl von Touristen und viele Durchreisende oft überraschten und zugleich erschreckten. In vielen Reisebeschreibungen und Briefen findet man Worte des Erstaunens und der Freude ob einer solch grandiosen, einmaligen und aussergewöhnlichen Berglandschaft mit ihren majestätischen Berggipfeln und Gletschern, den klaren Bergseen und der leuchtenden Pflanzenvielfalt, die anmutete wie im Paradiese⁵. Und doch muss auf den damaligen Besucher des Rhonetales die Kultur, die Lebensgewohnheiten und die Lebenseinstellung dieses Volkes archaisch und fremd gewirkt haben. Eschasseriaux umschrieb es folgendermassen:

[...] la vie purement agricole et pastorale du Valaisan a déposé dans ses mœurs un fonds de simplicité et de désintéressement que l'on ne retrouve pas chez d'autres peuples placés dans un autre ordre de choses, et une autre nature de société. Les mœurs du Valaisan sont simples, parce qu'il ne connaît pas les éléments de jouissances des peuples avancés en civilisation, et que la nature de son existence et de son climat lui inspire peu de besoins.⁶

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Kanton Wallis fast ausschliesslich ein Agrarkanton. Die Leute ernährten sich von den Gütern, die sie aus ihrem eigenen Boden erwirtschafteten. Es herrschte vorwiegend das Prinzip der häuslichen Eigenversorgung vor, und man gab sich meist mit dem wenigen zufrieden, das man besass. All diese Gründe führten mitunter dazu, dass zu dieser Zeit weder Handel noch Gewerbe im Wallis richtig Fuss fassen konnten und der Handel vor allem den Ausländern überlassen wurde. Gewerbe mit fachmännischem Handwerk trat nur im Bereich des Holzbaus in Erscheinung. Hier gab es einzelne kleine Betriebe, die sich auf den Häuserbau spezialisiert hatten⁷. Ansonsten diente auch das Handwerk mehrheitlich dem Eigengebrauch und dem Anfertigen von Werkzeugen und Kunstgegenständen sowie ganz allgemein zu Reparaturzwecken.

J.-B. Bertrand sah dies so: «Le peuple valaisan se désintéressait donc dans sa généralité du commerce et de l'industrie»⁸. Weit negativer äusserte sich Schiner, als er vom Walliser Volk sagte, «qu'il n'est point né pour le commerce et moins encore pour les arts mécaniques»⁹. Eine Aussage, die er heute so wohl kaum mehr zu machen wägte, denn die Nachfahren der damaligen Walliser haben das pure Gegenteil bewiesen! Und dennoch kommt der Verfasser dieser Arbeit mehr als 150 Jahre später nicht um die Bemerkung herum, dass sich das Bild eines rückständigen Wallis, insbesondere des Oberwallis, in der Deutschschweiz hartnäckig hält. Ein Bild, das jedoch kaum mehr den tatsächlichen Gegebenheiten und dem Entwicklungsstand im Oberwallis gerecht wird.

Mitte des 19. Jahrhunderts hatte rund um das Wallis bereits ein grosser wirtschaftlicher Umschwung und Aufschwung stattgefunden. Es war nur noch eine

⁵ Franz JOST, «Goethes Reise durch das Wallis», in *Walliser Jahrbuch*, 1941, S. 43 ff. als eines von vielen Beispielen solcher Reisebeschreibungen.

⁶ ESCHASSERIAUX, *Lettre sur le Valais*, S. 16. – Vgl. auch Hildebrand SCHINER, *Description du Département du Simlon ou de la ci-devant République du Valais*, Sitten, 1812, S. 21 ff. und 28 oder Jules-Bernard BERTRAND, «Vieux papiers: Réflexions d'un paysan genevois sur le Valais en 1831», in *Annales Valaisannes*, 1934, S. 222 f.

⁷ Louis COURTHION, *Le peuple du Valais*, Genf, 1903, S. 114.

⁸ Jules-Bernard BERTRAND, «Notes sur le commerce, l'industrie et l'artisanat en Valais avant le XIX^e siècle», in *Annales Valaisannes*, 1942, S. 551.

⁹ SCHINER, *Description du Département du Simlon*, S. 51, vgl. auch S. 29.

Frage der Zeit, bis diese wirtschaftliche Aufwärtsbewegung auch im Bergkanton Wallis einsetzen würde. Die Kombination verschiedener Gründe führte schliesslich nach 1850 zu diesem Aufstieg im Wallis:

- Rhonekorrektur (1863-75)
- Strassenbau mit den Passstrassen
- Eisenbahnbau bis Brig
- Beginn der Industrialisierung (ab 1860)
- industrieller Durchbruch
- touristische Entwicklung
- politische Konstellation

und letztlich die aus alledem resultierende neue Kantonsverfassung vom 8. März 1907.

Die Rhonekorrektur

Ein erster entscheidender Schritt zur Verbesserung der Situation im Wallis wurde mit der Korrektur des Rhonelaufes gemacht. Bis anhin hatte sich der Rotten seinen Weg auf der gesamten Talebene selber gesucht. So wurde der Rotten zu Beginn des vorletzten Jahrhunderts von Eschasseriaux noch umschrieben als «un fleuve qui tantôt se précipite comme un torrent, tantôt s'épanche sur toute la largeur de la vallée, change son cours et son lit tour à tour, et roule ses eaux et ses pierres successivement sur toute la vallée qu'il dévaste»¹⁰.

Nach den schweren Überschwemmungen vom 1.-3. September 1860 intervenierte die Walliser Regierung beim Bund. Aufgrund Art. 21 der Bundesverfassung von 1848 konnte der Bund öffentliche Werke im Interesse der Eidgenossenschaft subventionieren. Dem Subventionsbegehren des Kantons Wallis wurde schliesslich im Bundesbeschluss vom 28. Juli 1863 zugestimmt. Die Arbeiten nahm man noch im gleichen Jahr auf. Zwölf Jahre später fanden sie ihren provisorischen Abschluss. Der Flusslauf wurde korrigiert, das Flussbett ausgeglichen und der gesamte Fluss eingedämmt. Der «wilde Rotten» hatte seine schärfsten Zähne verloren, zumindest blieb das Rhonetal fortan von solch verheerenden Katastrophen wie in früheren Zeiten verschont. Kleinere Überschwemmungen hingegen blieben auch in den nachfolgenden Jahren nicht aus. Die Abschlussarbeiten sollten noch bis weit in das 20. Jahrhundert hinein und darüber hinaus dauern. Mit Hilfe von kleinen Kanälen konnte die ganze Rhoneebene entwässert, entsumpft und zu bestem Kulturland umgewandelt werden. Wahrlich ein Jahrhundertwerk! So bezeichnete es H. Carron auch als «une oeuvre colossale pour un canton dénué de ressources», und bemerkte weiter, «c'est une preuve de la ténacité du peuple valaisan, qui s'est trouvé un moment un peu en retard dans d'autres domaines, ayant dû consacrer tout son temps et tout ses moyens pour mener à bien cette tâche immense»¹¹. Dieses Monumentalwerk konnte letztlich nur dank der grossen

¹⁰ ESCHASSERIAUX, *Lettre sur le Valais*, S. 10 f.

¹¹ Henri CARRON, «L'assainissement de la plaine du Rhône depuis 1862», in *Annales valaisannes*, 1942, S. 417 f. Siehe auch [Charles DE TORRENTÉ], *La correction du Rhône en amont du lac Léman*, éd. Département fédéral de l'intérieur - Service fédéral des routes et des digues, Berne, 1964. – Siehe ferner die neusten Arbeiten zu diesem Thema: Stefanie SUMMERMATTER, «Die erste Rhonekorrektur und die weitere Entwicklung der kantonalen und nationalen Wasserbaupolitik im 19. Jahrhundert», in *Vallesia*, 59 (2004), S. 199-224; Léna PASCHE, «Travaux de correction des cours d'eau en Valais et dans la région de Conthey (1860-1900)», in *Vallesia*, 59 (2004), S. 225-246; Sabine STÄUBLE, Emmanuel REYNARD, «Évolution du paysage de la plaine du Rhône dans la région de Conthey depuis 1850. Les apports de l'analyse des cartes historiques», in *Vallesia*, 60 (2005), S. 433-456.

Unterstützung durch den Bund und den Kanton Wallis durchgeführt werden und hat wesentlich zur Entwicklung des Wallis beigetragen.

Der Strassenbau im Wallis

Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts begann im Wallis die Epoche des Strassenneubaus. Neue notwendige Strassenverbindungen wurden erstellt und die bestehenden Strassen und Strässchen, oft nur schmale Karrenwege, ausgebessert, verbreitert und befahrbar gemacht. Nachdem schon 1805 die Simplonstrasse eingeweiht worden war, die Napoleon als Militärstrasse durch das ganze Tal bis hinauf auf den Simplonpass erbauen liess, folgte als zweite Passstrasse die Furkastrasse. Diese konnte 1867 dem Verkehr übergeben werden. Die Strasse auf den Grossen St. Bernhard hingegen war auf der Schweizerseite erst im Jahre 1897 bis auf die Passhöhe befahrbar. 1840 baute man die gesamte Rhonetalstrasse weiter aus. Im gleichen Zeitraum wurde aber auch die Strassenverbindung ins Val d'Anniviers neu gebaut. Mit diesen Strassenbauten verkürzten sich die Wegzeiten deutlich, es kam ein vermehrter Binnenhandel und Austausch zustande, und die Öffnung des Wallis setzte allmählich ein.

Der Eisenbahnbau

Erst als im Jahre 1878 nach jahrelanger Ungewissheit endlich die Eisenbahnlinie von St. Maurice bis Brig fertig gestellt war, war der wohl endgültige Startschuss für eine erhebliche Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Wallis gefallen¹². Die Bahnverbindung bis Brig schloss das gesamte Rhonetal an das Westschweizer Eisenbahnnetz an. Damit war das Wallis verkehrspolitisch nicht mehr von der Aussenwelt abgeschnitten. Mit der Einweihung der Eisenbahnlinie ins Oberwallis fand das Wallis endlich den nötigen Anschluss an die übrige Eidgenossenschaft. Die durch die natürlichen Gegebenheiten bedingte bisherige Abschottung des Wallis gegen aussen begann sich aufzulösen. Diese Geschichte scheint sich mit dem Lötschberg-Basistunnel im 21. Jahrhundert für das Oberwallis zu wiederholen. Diese neue Öffnung dient als Chance für die jungen, bestens ausgebildeten Oberwalliser, die bisher zum beruflichen Weiterkommen abwanderten, dem Wallis den Rücken kehrten und ihm damit grosses Wissenspotential entzogen. Dies kann der Kanton Wallis in Zukunft dank der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT), welche Bern und das Schweizer Mittelland in Pendlerdistanz rücken lässt, weiter nutzen, sei es in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik oder in anderen Bereichen. Dies ist ein künftig nicht zu unterschätzender Mehrwert für den ganzen Kanton.

Beginn der Industrialisierung

Erst die Rhonekorrektur, der Neubau von Strassen und der Bau der Eisenbahn haben dem Bergkanton Wallis den Schritt heraus aus der Anonymität, aus der Vergangenheit und Beschaulichkeit hinein in die Zukunft ermöglicht – einen

¹² Die Geschichte der Eisenbahn hier näher darstellen zu wollen, würde zu weit führen. Es sei daher verwiesen auf die ausführlichen Werke von Felix BONJOUR, *Le Percement du Simplon*, Lausanne, 1906; Paul PERRIN, «Les débuts du chemin de fer en Valais», in *Annales valaisannes*, 1961, S. 61 ff. oder Henri DE PREUX, «Notice historique des chemins de fer du canton du Valais», in *Travaux statistiques du Canton du Valais 1907*, hrsg. Union des statisticiens officiels et de la Société suisse de statistique, Bern, 1908, S. 447 ff. – Siehe auch die neuere Arbeit von Gérard DUC, «Projet de tunnel ferroviaire du Simplon et genèse du réseau de chemins de fer de Suisse occidentale (1836-1909)», in *Vallesia*, 56 (2001), S. 495-617.

Schritt vom reinen Agrarstaat mit seinem Selbstversorgungssystem zu den Anfängen eines Industriestaates, später eines Tourismuslandes. Kaufmann bemerkt dazu Folgendes:

Der neue Verkehrsweg öffnete dem Wallis den wirtschaftlichen Anschluss an die Aussenwelt und fügte eine Reihe von früher isolierten Lokalmärkten zu einem grösseren Gesamtmarkt zusammen. Das konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse bleiben. Die traditionelle Bedarfsdeckungswirtschaft mit handwerklicher Einzelanfertigung musste mehr der industriellen, marktorientierten Massenproduktion weichen. Arbeitsteilung wurde Trumpf.¹³

Folgen zeigten sich schon bald. Es entstanden verschiedene neue, kleine Fabriken und Gewerbebetriebe in der Talebene: eine Sägerei in Brig (1858), eine Bierbrauerei in Sitten (1861), eine Tabakfabrik in Monthey (1881), eine Konservenfabrik in Saxon (1885), eine Tuchfabrik in Brämis, eine Likörfabrik in Martigny, eine Dynamitfabrik in Gamsen und viele andere mehr. Hand in Hand mit diesen kleinen Fabrikgründungen und dem Gewerbe kam im Wallis auch der Handel auf. Freilich mag uns heute die Industrie, der Handel, und das Gewerbe jener Zeit klein und unwesentlich erscheinen; dennoch bedeutete diese aufkommende Industrialisierung für das Wallis den Anbruch einer neuen Epoche. Sie brachte ihm einen bisher nie da gewesenen Umbruch in seiner Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsstruktur. Für die Republik Wallis war das sozusagen ein rascher Übergang vom späten Mittelalter direkt in die Neuzeit.

Der industrielle Durchbruch

Seinen Höhepunkt fand der wirtschaftliche Aufschwung um die Wende zum 20. Jahrhundert mit dem Aufkommen der Elektrizitätstechnik. Inzwischen war diese soweit ausgereift, dass sich ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit rentierte. Das Wallis mit seinen vielen wilden Bergbächen war für die Umwandlung der Wasserkraft in Energie geradezu prädestiniert. Dieser Vorteil der «weissen Kohle», einer der wenigen wirklich produktiven Rohstoffe des Tales, lockte bald auch grössere Unternehmungen in den Kanton Wallis, denn die Industrie erkannte die Möglichkeit billiger Stromerzeugung¹⁴. Zudem war die gesamte Technik noch nicht so weit entwickelt gewesen, dass man Strom über längere Strecken hätte transportieren können. So siedelten sich denn in den Jahren um 1890 und zu Beginn des 20. Jahrhunderts drei namhafte Grossfirmen am Fusse mächtiger Walliser Bergbäche an: 1897 die Lonza AG in Gampel und 1909 auch in Visp, die Ciba-Monthey 1904 in Monthey und die Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft (AIAG) 1905 in Chippis. Diese drei Unternehmen brachten die Grossindustrie des 20. Jahrhunderts ins Wallis und bildeten einen der Grundsteine für eine prosperierende Entwicklung im Kanton. Sie schafften eine Vielzahl an Arbeitsplätzen und unzählige Walliser fanden fortan in diesen Unternehmen Arbeit. Diese drei Unternehmen prägten auch später noch lange die Strompolitik im Wallis.

Die touristische Entwicklung

Im Gleichschritt mit der industriellen Entwicklung erfolgte ein Aufschwung im Tourismusgeschäft. Wie die Industrie, so konnte auch der frühe Tourismus erheblich von der Eisenbahn profitieren. Die Reisezeit ins Wallis wurde bedeu-

¹³ Beat KAUFMANN, *Die Entwicklung des Wallis vom Agrar- zum Industriekanton*, Diss., Zürich, 1965, S. 24.

¹⁴ Zur Frage der Stromerzeugung siehe das letzte Werk von Hans WYER, *Die Nutzung der Wasserkraft im Wallis. Geschichte-Recht-Heimfall*, Visp, 2008, mit weiterführenden Literaturangaben.

tend kürzer, der Reisekomfort verbesserte sich, die Gaststätten und Hotels passten sich vermehrt den Erfordernissen und den Wünschen der Gäste und Touristen an. Zudem lenkten Pioniere wie Edward Whymper mit seiner Matterhornerstbesteigung (1865) das Interesse von ganz Europa auf dieses wunderschöne Bergland. Das Wallis wurde unverhofft und innert kürzester Zeit zu einem beliebten Reise- und Ferienziel.

Eine wegleitende Rolle für den Walliser Tourismus hatte und hat noch heute Zermatt inne. Seinen Durchbruch zum weltberühmten Ferienort schaffte Zermatt bereits mit der Inbetriebnahme der Visp-Zermatt-Bahn im Jahre 1891 und der Gornergratbahn 1898. Im Soge Zermatts entwickelten sich um die vorige Jahrhundertwende noch andere Walliser Bergdörfer zu bedeutenden Fremdenverkehrsstationen: Leukerbad, Champéry, Zinal und etwas später Montana.

Mit der Eröffnung des Simploneisenbahntunnels am 1. Juni 1906 und des Lötschberg-Eisenbahntunnels am 27./28. Juni 1913 gewann das Wallis weiter an Attraktivität. Durch die Lötschbergbahn war dieser von hohen Bergketten umgebene Kanton nun auch auf dem kürzesten Wege mit der nördlichen Schweiz verbunden.

All diese Geschehnisse und wirtschaftlichen Verbesserungen in der zweiten Hälfte des vorletzten Jahrhunderts bewirkten eine Öffnung des Kantons Wallis gegen aussen. Damit veränderten sich die Lebensweise, die Lebenseinstellung und die Mentalität des Wallisers. Zeigte sich der Walliser noch Mitte des 19. Jahrhunderts gegenüber Fremdem und Neuem verschlossen, verlor er um die vorletzte Jahrhundertwende allmählich sein Misstrauen gegenüber den modernen Tendenzen und Entwicklungen. Er erkannte die Möglichkeiten, die der Tourismus, die Industrie und eine vorwärtsgerichtete Entwicklung seinem Kanton und dessen Bevölkerung boten, und er nutzte sie in ihrer Gesamtheit.

Die politische Konstellation

Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen hatte sich in den letzten vier Jahrzehnten des vorletzten Jahrhunderts in der politischen Parteienstärke recht wenig verändert. Die weitaus stärkste Partei stellten die Katholisch-Konservativen. Dieser Partei gehörten mehr als drei Viertel der Walliser Bevölkerung an. Sie besass sowohl im Grossen Rat wie auch in der Regierung die absolute Mehrheit. Diese mussten die Konservativen während dem vorletzten Jahrhundert nur in der Zeit von 1847 bis 1857 an die radikal-liberale Partei abgeben.

Die damalige konservative Partei hatte kein festes Parteiprogramm, das sie in ihren Presseorganen, dem *Walliser Boten* für das Oberwallis und der *Gazette du Valais* für den französischsprachigen Kantonsteil offiziell abdrucken konnte. Die konservative Partei richtete ihre Politik nach den jeweiligen Bedürfnissen, sei es nach den bevorstehenden Wahlen oder nach den Angriffen der Oppositionspresse. Sie ging auf die Anträge der Minderheitspartei, der Liberal-Radikalen, kaum ein. Dem industriellen Fortschritt zog sie die Landwirtschaft, dem Fortschritt im Allgemeinen die altbewährte Tradition vor. Dies ist teilweise verständlich, wenn man die konservative Einstellung der damaligen Bevölkerung kennt. Sie versperrte sich gegen jede Öffnung nach aussen und hielt an der bäuerlichen und katholischen Tradition fest. So stellten sich denn auch die Kirche und der Klerus auf die Seite dieser Partei. Diese Kooperation kam beiden Seiten zu Gute. Die Kirche konnte ihre Machtstellung beim Volke behalten und stellte im Gegenzug ein wichtiges Werbeorgan für die Konservativen dar. Roux erkannte in ihrer Arbeit: «Les

principes religieux et les membres du clergé sont les piliers fondamentaux de cette politique.»¹⁵

Dennoch war die konservative Partei Ende des vorletzten Jahrhunderts gezwungen, sich von ihrem traditionalistischen Festhalten an der Kirche, an der Aristokratie und am Bauerntum zu lösen. Innerhalb der Konservativen bildeten sich Splittergruppen, die sich mit den Prinzipien und den Ideen der nun mehr von Aristokraten geführten Partei nicht mehr identifizieren konnten. Diese Gruppierungen, angeführt von der Gruppe der Demokraten um Alexander Seiler¹⁶ im Oberwallis, einer Gruppe in der Region von Sitten und den gemässigt Konservativen im Unterwallis, kämpften für bessere Volksrechte und für eine Politik des Fortschrittes¹⁷.

Um nicht die totale Absplitterung dieser Gruppierungen von der Mutterpartei zu provozieren, musste sich die konservative Partei anderen und moderneren Ideen öffnen. Dies wiederum sollte, wenn auch teilweise gezwungenermassen, zu einer verbesserten Wirtschafts- und Sozialpolitik führen, die sich auch in der Verfassung von 1907 deutlich niederschlug.

Einzig Oppositionspartei jener Zeit waren die Liberal-Radikalen. Sie hatte eine vergleichsweise kleine Anhängerschaft und war nur in den westlichen Zenden des Kantons verbreitet, in jenen Bevölkerungskreisen also, die vermehrt mit neuen und fortschrittlichen Tendenzen und Lebensweisen aus der Westschweiz oder Frankreich in Berührung kamen. Die Hauptzentren befanden sich in Martigny und Monthey, wo die liberal-radikale Partei den Konservativen hoch überlegen war. Kleinere Zentren gab es auch in St. Maurice, Conthey und Entremont.

Im Gegensatz zu den Konservativen besass die liberal-radikale Partei ein ausgearbeitetes Programm, das sie in ihrem Parteiorgan *Le Confédéré* veröffentlichen konnte. Sie verfolgte verschiedene Ziele: Einführung des fakultativen oder obligatorischen Referendums, der Initiative, des Proportionalwahlverfahrens, die Ausdehnung der Unvereinbarkeit bei öffentlichen Ämtern und der Verteidigung der Kantonsautonomie. Sie vertrat eine Neustrukturierung des Steuersystems und der Schulbildung. Sie wollte verhindern, dass der Klerus Politik betreibt, und dass er die Religion als Mittel, den Konservatismus zu propagieren, missbrauchte. Die Partei forderte ferner ein Pressegesetz und ein neues demokratisches Wahlgesetz. Sie trat zudem für den industriellen Fortschritt ein. Dies waren moderne Ideen und Grundsätze, die denjenigen der konservativen Partei diametral entgegenstanden. Dass in der Verfassung von 1907 und in verschiedenen Gesetzen einzelne dieser Proklamationen verankert sind, ist mitunter ein Verdienst der liberal-radikalen Partei und insbesondere der Gruppe um Alexander Seiler.

2. Verfassungspolitische Entwicklung

¹⁵ Elisabeth ROUX, *La vie politique en Valais, 1875-1905*, Lizentiatsarbeit, Universität Fribourg, 1976, S. 61; vgl. auch S. 72 ff. und 85 ff.

¹⁶ Alexander Seiler wurde am 5. Januar 1864 als Sohn des berühmten Hoteliers Alexander und der Katharina Cathrein in Brig geboren. Er war Bürger von Blizingen und Zermatt. Er wohnte in Brig und Zermatt. Den Einstieg in die Politik ist auf seine beiden Berufe zurückzuführen: Dr. iur. Advokat und Notar sowie Hotelier. Er war lange Jahre Patron und Leiter der Seiler-Hotels. Er war Grossrat für den Bezirk Goms (1891-1920), Präsident des Grossen Rates (1908-1910) und Nationalrat (1905-1920). Er war zudem Mitbegründer und erster Präsident der Vereinigung Pro Semphone und der Schweizerischen Verkehrszentrale (1918). Er starb am 3. März 1920 (Jean-Marc BINER, «Walliser Behörden, 1848-1977/79», in *Vallesia*, 37 (1982), S. 370, nachfolgend «Walliser Behörden»).

¹⁷ Vgl. hierzu ROUX, *La vie politique*, S. 76-80.

Das 19. Jahrhundert brachte dem Wallis eine wahre Verfassungsflut. Nicht weniger als acht verschiedene Staatsverfassungen wechselten einander im Verlaufe von knapp 100 Jahren ab. Die Kürzeste hatte eine Lebensdauer von nur wenigen Monaten, am längsten sollte die Letzte vom 26. November 1875 in Kraft sein, welche durch die politisch am heftigsten umkämpfte Verfassung von 1907 abgelöst wurde, die ihrerseits mit Abstand nun am längsten überdauert hat. Für das tiefere Studium der Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts sei auf die Werke von P. Biderbost, S. Furrer, H. Gay und anderen Autoren verwiesen¹⁸.

Die Verfassung vom 30. August 1802

Die Verfassung vom 30. August 1802 machte aus dem Wallis eine unteilbare Republik. Diese stand unter dem Schutz der helvetischen, französischen und italienischen Republik (Art. 2). Der Staatsvertrag enthielt verschiedene Klauseln, die Frankreich den freien Durchzug durch das ganze Rhonetal und über den Simplonpass zusicherten (Art. 4). Dies war auch der Hauptgrund für die Bildung einer eigenen Republik Wallis gewesen. Dem Walliser Volk wurde der Staatsvertrag weder zur Genehmigung vorgelegt, noch konnte es sich dazu äussern. Unter den gegebenen Umständen blieb dem Landrat nichts anderes übrig, als zuzustimmen. Die Verfassung ihrerseits fusste auf den Grundsätzen der Volksherrschaft, des Einheitsstaates und der Gewaltentrennung. Dies war zwar nirgends ausdrücklich in der Verfassung verankert, ergab sich jedoch aus dem Aufbau des neuen Staates. Gemäss diesen Grundsätzen wurde die Regierung einem Staatsrat aus drei Mitgliedern und einem Landrat übergeben (Art. 31), wobei nach Art. 32 ein Deputierter auf 2000 Einwohner gewählt wurde. Die Zendenräte wählten die Abgeordneten auf den Landrat (Art. 33), der Landrat seinerseits den Staatsrat (Art. 39). Die zwölf Zenden und die Gemeinden verloren jedoch an Einfluss und wurden zu untergeordneten Verwaltungsbezirken degradiert (Art. 25-30). Die Wahl- und Wählbarkeitsbedingungen beschränkten die Volksherrschaft erheblich, denn gewählt werden konnten nur Bürger, welche schon öffentliche Ämter bekleidet hatten sowie Offiziere und Notare (Art. 20/21 und 34). Der Staatsrat besass eine äusserst sichere und starke Stellung (Art. 51/59). Die Einteilung in Zenden und Gemeinden wurde gleich belassen wie bis anhin (Art. 17). Freiheitsrechte wurden in der Verfassung mit keinem Worte erwähnt, man fand vielmehr nur gesetzliche Beschränkungen dieser Rechte. Der katholische Glaube war Staatsreligion und der Bischof hatte Einsitz im Landrat (Art. 1 und 32). Das Referendum und das Initiativrecht verschwanden¹⁹.

Die Verfassung vom 12. Mai 1815

Die Verfassung vom 12. Mai 1815 (das Wallis war der Eidgenossenschaft als Kanton beigetreten) brachte einschneidende Änderungen mit sich. Neu führte man wieder das Referendum ein. Die Gesetze des Landrates mussten von den Zendenräten angenommen werden. Zusätzlich hatte man Finanzgesetze, Militär-

¹⁸ Paul BIDERBOST, *Die Republik Wallis 1802-1810*, Diss., Universität Lausanne, 1959. – Sigismund FURRER, *Statistik von Wallis*, Sitten, 1852. – Hilaire GAY, *Histoire du Valais*, Genf, 1903. – Oscar GAUYE, *L'élaboration de la constitution valaisanne du 12 mai 1815*, Diss., Universität Freiburg, 1961. – Pierre-Michel REY, *Le régime radical en Valais 1847-1857*, Lizentiatsarbeit, Universität Freiburg, 1971. – Paul de RIVAZ, *Histoire contemporaine du Valais*, Sitten, 1946. – Andreas SEILER, *Die politische Geschichte des Wallis 1815-1844*, Diss., Universität Freiburg, 1939, um nur einige zu nennen.

¹⁹ Das damalige Referendum gab den einzelnen Zenden die Möglichkeit und das Recht, Landratsbeschlüsse anzunehmen oder abzulehnen. Es ist daher als eine Art Vorläufer zum heutigen Referendum zu verstehen.

kapitulationen und Einbürgerungen den Gemeinderäten vorzulegen (Art. 20). Es gab nun 13 Zenden, sieben für das Oberwallis und sechs für das Unterwallis (Art. 3). Die Wählbarkeitsbestimmungen blieben bestehen (Art. 18). Neuerdings stellte das Oberwallis immer drei und das Unterwallis zwei Staatsräte (Art. 27). Der Präsident des Staatsrates, der Landeshauptmann, führte auch im Landrat den Vorsitz (Art. 15). Diese Bestimmungen lassen deutlich erkennen, dass die Verfassung von 1815 dem Oberwallis enorme Vorteile zukommen liess. War der obere Kantonsteil dem Unterwallis bevölkerungsmässig klar unterlegen, so hatte er dank der Regelung, dass jeder Zenden vier Abgeordnete stellte, im Landrat die Mehrheit²⁰. Dass die Unterwalliser der Verfassung dennoch zustimmten, ist nur darauf zurückzuführen, dass sie den Beitritt des Wallis als Kanton zur Eidgenossenschaft nicht gefährden und verzögern wollten.

Die beiden Verfassungen von 1839

Das Abhängigkeitsverhältnis der Unterwalliser konnte durchaus nicht zu einem Dauerzustand werden. Sie forderten fortan vehement eine Verfassungsänderung. Demnach sollte die Anzahl der Abgeordneten pro Zenden gemäss der Bevölkerungszahl festgelegt werden. Nach langem, hartem Ringen und nach grossen inneren Wirren kam der Verfassungsentwurf vom 30. Januar 1839 zustande, der aber von den Oberwallisern nie anerkannt wurde. Dieser Entwurf war praktisch identisch mit jener Verfassung, die schliesslich am 3. August 1839 in Kraft gesetzt wurde. Die Augustverfassung stellte ein gemässigt-liberales Staatsgrundgesetz dar. Sie führte Grundrechte ein wie die persönliche Freiheit (Art. 4), das Recht auf den ordentlichen Richter (Art. 5), die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 6) und des Eigentums (Art. 7) und das Verbot der wenigen, un-ablösbaren Grundlasten (Art. 9). Die Pressefreiheit, die in der Januarverfassung noch enthalten war, wurde auf Drängen des Klerus nicht mehr in die Augustverfassung übernommen. Die Gewaltentrennung aber wurde streng durchgeführt (Art. 18). Der Landrat wurde durch den Grossen Rat ersetzt, der Titel eines Landeshauptmannes abgeschafft. Jeder Zenden sandte pro tausend Einwohner einen Grossrat nach Sitten (Art. 26). Das Verfassungsreferendum wurde eingeführt; jede Verfassungsrevision musste vom Volke genehmigt werden (Art. 73).

Die Verfassung vom 14. September 1844

Auch die Verfassung von 1839 sollte nur von kurzer Dauer sein. Zeigten sich 1839 noch die Liberalen für die Verfassungsrevisionen verantwortlich, so waren es schon 1844 wieder die Konservativen. Als zu Beginn der 1840er Jahre die Radikalen innerhalb der liberalen Partei eine Hetzkampagne gegen den Klerus starteten, wehrten sich der Klerus, die konservative Partei und die Bevölkerung gemeinsam für die katholische Kirche. Was anschliessend in den Jahren 1840 bis 1844 im Wallis geschah, ging als eines der düsteren Kapitel in die Walliser Geschichte des 19. Jahrhunderts ein²¹. Nach langen Unruhen und blutigen Kämpfen kam die Verfassung vom 14. September 1844 zustande. Sie stärkte die Stellung des Klerus im Staat (Art. 2/3), erleichterte die Wahl- und Wählbarkeitsbedingungen (Art. 68) und führte ein obligatorisches Gesetzesreferendum ein (Art. 71). Mit Ausnahme dieser beiden letzten Neuerungen brachte sie jedoch keine wesentlichen Änderun-

²⁰ Dem Oberwallis gehörten zu jener Zeit auch die beiden Bezirke Siders und Sitten an.

²¹ Vgl. u. a. SEILER, *Die politische Geschichte*, S. 71-163. – Michel SALAMIN, *Le Valais de 1798 à 1940*, Siders, 1978, S. 135-158. – Eine ausgezeichnete und sehr ausführliche Arbeit über diesen Zeitraum hat Leopold BORTER verfasst: *Kirche, Klerus und Staat des Wallis*, Diss., Universität Freiburg, 1960.

gen mit sich.

Die Verfassung vom 10. Januar 1848

Nach den Ereignissen im Jahre 1847, bei denen der Sonderbund der sieben katholischen Orte in einer bewaffneten Auseinandersetzung von den übrigen Kantonen zerschlagen worden war, übernahmen im Wallis die Radikalen die Führung. Unter ihrem Regime entstand die Verfassung vom 10. Januar 1848. Die Gleichstellung aller Walliser vor dem Gesetze (Art. 2) und die Pressefreiheit (Art. 6) wurden neu verankert. Allen Wallisern gewährleistete man zudem die Handels-, Gewerbe- und Kunstfreiheit (Art. 7). Ebenso wurden sowohl die französische wie auch die deutsche Sprache als Nationalsprachen in die Verfassung aufgenommen (Art. 14). Der Klerus verlor seinen Einsitz im Grossen Rat und die geistlichen Ämter wurden unvereinbar erklärt mit den weltlichen Ämtern und der Ausübung der politischen Rechte (Art. 69). Das Referendum seinerseits wurde wiederum fallen gelassen. Neu dagegen war das Initiativrecht des Volkes für eine Verfassungsrevision (Art. 73). Das Volk konnte den Grossen Rat nun auf direktem Wege wählen (Art. 60). Den Grossräten kam während den Sitzungen Immunität zu (Art. 22).

Die Verfassung vom 23. Dezember 1852

1852 verloren die Radikalen die absolute Mehrheit im Grossen Rat (39 Radikale, 32 Konservative, 14 Liberale)²². Es kam zu einer erneuten Verfassungsrevision. Die Verfassung vom 23. Dezember 1852 änderte die 48er Verfassung nur in wenigen Punkten ab. So wurde unter anderem die Zahl der Staatsräte auf fünf reduziert (Art. 32). Die wohl wichtigste Änderung war die Rücksichtsmassnahme auf die Minderheiten bei der Wahl der Grossräte. Für jeden Bezirk wurde ein Abgeordneter auf 1000 Einwohner gewählt, wobei aber innerhalb des Bezirkes Wahlkreise gebildet werden konnten (Art. 59). Die Dauer der Legislaturperiode wurde auf vier Jahre herabgesetzt (Art. 60). Sie führte auch das obligatorische Referendum für die Erhöhung des Steuerfusses und für die Abänderung der Grundlage des bestehenden Finanzsystems ein (Art. 72). Sie sah im Weiteren ein Konkordat zur Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat vor (Art. 73).

Auf die Verfassung vom 26. November 1875 soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Sie wird im Vergleich mit der Verfassung von 1907 erläutert werden.

3. Anstoss zur neuen Verfassung

Mit der Einreichung der Motion Seiler am 18. November 1903 wurde der eigentliche Startschuss zu einer Verfassungsänderung der knapp 30-jährigen Verfassung von 1875 gegeben: «Die Verfassung des Kantons Wallis ist im Sinne der Erweiterung der Volksrechte zu revidieren. Es sollen in dieselbe aufgenommen werden: Die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräthe, das fakultative Gesetzesreferendum und die Gesetzesinitiative.»²³

Alexander Seiler, dem Wortführer, war klar, dass es schwer werden würde,

²² REY, *Le régime radical*, S. 45. – SALAMIN, *Le Valais de 1798 à 1940*, S. 170.

²³ Staatsarchiv des Kantons Wallis (nachfolgend StAW): Original der Motion als Beilage zu den Grossratsprotokollen der Mai- bis Novembersession 1903 (StAW, 1002, Bd 71, Fol. 137).

den Grossen Rat und den Staatsrat von dieser Motion zu überzeugen. Zwar hatte sie keine revolutionären Rechte zum Inhalt, aber dennoch kam sie für die Mehrheit der Walliser Konservativen zu Beginn des 20. Jahrhunderts überraschend. Die konservative Partei stand nämlich unter der Führung der Walliser Aristokratie, welche wenig Bereitschaft zu Konzessionen zugunsten des Walliser Volkes zeigte. Dagegen stand diese Motion in der Gunst der liberal-radikalen Partei. Zudem war das obligatorische Referendum bereits in den beiden Verfassungen von 1839 und 1844 verankert gewesen. Das Wallis war 1903 zusammen mit Freiburg der einzige Schweizer Kanton, der dieses Instrument nicht verfassungsmässig verankert hatte. Die gesetzgebende Gewalt hielt der Grosse Rat inne. Diese Aufgabe hatte das Volk abdelegiert. Seiler kam daher auf das Vertrauen, welches das Volk in die Abgeordneten setzen würde, zu sprechen. Das Volk delegierte gemäss Art. 27 der Kantonsverfassung dem Grossen Rate die gesetzgebende Gewalt. Seiler verurteilte den Missbrauch dieses Vertrauens auf das Schärfste. Oft hätten die Kommissionen ihre Berichte nicht vorbereitet gehabt, sodass es, als der Grosse Rat sich versammelt hatte, vielfach an Arbeit gemangelt habe und die Sitzung aus diesem Grunde abgebrochen und vertagt werden musste. Dies geschah mehrmals, obwohl noch viele Traktanden auf der Tagesordnung standen. Ebenso kritisierte Seiler die grosse Gesetzes- und Dekretsflut der vergangenen 26 Jahre. Nicht weniger als 72 Gesetze und drei- bis viermal so viele Dekrete seien erlassen worden, die indes dem Volkswillen öfters widersprochen hätten, so dass sie bereits mit der Inkraftsetzung revisionsbedürftig waren.

Laut Seiler konnte all dem nur mit Hilfe des Referendums und der Initiative wirksam entgegengetreten werden. Nur diese beiden Volksrechte würden den wahren Volkswillen an den Tag bringen! Mit der Initiative und dem Referendum jedoch «bekämpft man am besten die politische Gleichgültigkeit» des Volkes und regt es «zur Mitarbeit und Mitregierung» seines Landes an²⁴. Seiler verstand zudem die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte als eine wichtige Erweiterung der Volksrechte und als eine fundamentale Voraussetzung einer modernen Demokratie. Hierzu führte er vor allem das Abstimmungsergebnis vom 4. November 1900 an. Damals hatten sich nämlich die Walliser mit 8557 gegenüber 5739 Stimmen für eine Wahl des Bundesrates durch das Volk entschieden²⁵. Eine vom Volk gewählte Regierung ist zum einen besser im Volke verankert und populärer und zum anderen wäre sie unabhängiger vom Grossen Rate. Bei einer Volkswahl spielen weniger persönliche Rücksichten, Kameradschaft und Verwandtschaft mit, als dies bei einer Wahl der Regierung durch den Grossen Rat zutrifft: «Vetternwirtschaft, Coulissenpolitik und Coterien spielen eine grosse Rolle und es kommt mitunter vor, dass Männer gewählt werden, die das Vertrauen des Volkes nicht besitzen und die Feuerprobe einer Volkswahl nicht bestehen würden.»²⁶

Seiler zerstreute auch die Bedenken, die einzelnen Landesteile würden die ihnen gebührende Vertretung im Staatsrate verlieren. Es spiele nämlich keine Rolle, ob der Wahlkörper nur aus wenigen oder aus einer grossen Zahl von Stimmentenden bestehe. Muss man die Intelligenz und Weitsicht, den Blick für das Wesentliche bei diesem Manne bewundern, so kann man über dieses letzte Argument doch geteilter Meinung sein. Die Bedenken der Oberwalliser Konservativen in Bezug auf die Volkswahl der Staatsräte waren aus der Sicht der deutschsprachigen Minderheit ganz sicher berechtigt.

²⁴ *Bulletin du Grand Conseil*, 23. November 1903, S. 147 (nachfolgend *BGC*).

²⁵ *Rapport du Conseil d'Etat*, 1900, S. 12.

²⁶ *BGC*, 23. November 1903, S. 146.

Die Konservativen votierten gegen die Motion²⁷. In seiner Rede vor dem Grossen Rate bezweifelte Dr. Gustav Loretan ein allfälliges Interesse der Bevölkerung an einer Erweiterung der Volksrechte. Seine Frage, ob denn im Volke, ohne dass sie künstlich gemacht sei, überhaupt eine ernstliche Bewegung für die Einführung des Gesetzesreferendums bestehe, beantwortete er gleich selber mit einem eindeutigen Nein. Die Volkswahl des Staatsrates würde so zu einer Waffe der Unterwalliser werden, die sich gegen den obern Kantonsteil richten würde. Die gegenwärtige Verfassung sichere dem Oberwallis zwei Staatsräte zu. Mit einer Volkswahl, war Loretan überzeugt, würde es in Zukunft nicht mehr möglich sein, diese Verfassungsbestimmung zu erhalten und dem deutschsprachigen Kantonsteil zwei Sitze in der Regierung zu garantieren. Bei Annahme der Motion bestünde das Wallis nur mehr aus einem einzigen Wahlkreis mit 35 000 Oberwallisern und rund 80 000 Unterwallisern. Art. 42 der Verfassung von 1875 sei bis anhin Garant gewesen, dass eine Minderheit deutscher Sprache und eine Unterwalliser Mehrheit gemeinsam für die Interessen ihres Kantons eintreten würden. «Und dieses Palladium des innern Friedens und Fortschrittes wollten Sie, meine Herren Motionäre, ohne Not und leichten Herzens gefährden [...]?»²⁸ Die Zeit für eine Verfassungsrevision sei aber dennoch endlich gekommen. Aufgrund der enormen Entwicklung in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Tourismus müssten veraltete Verfassungsartikel durch neue, modernere und wirksamere Bestimmungen ersetzt werden. Ebenfalls müsste man den bevorstehenden Schulreformen und den anwachsenden sozialen Aufgaben des Staates bei einer allfälligen Verfassungsrevision Rechnung tragen. Loretan gab dem versammelten Rate bekannt, dass er einen Antrag einreichen werde, in welchem er den Staatsrat einlade, zu prüfen, ob es nicht angebracht und zeitgemäss wäre, die Verfassung zu revidieren.

Anschliessend äusserte sich auch der Präsident des Staatsrates, Henri de Torrenté, zur obigen Motion²⁹. Er gab dabei die Ansicht der Regierung kund (die Regierung setzte sich aus vier konservativen und nur einem liberalen Vertreter zusammen, denn erst seit 1893 befand sich der liberal-radikale Jules Ducrey in der Regierung, welchem nach seinem Tode 1905 Arthur Couchepin folgte)³⁰. De Torrenté sah bei einer Volkswahl der Staatsräte die Hauptschwierigkeit in den verschiedenen politischen Interessen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in unserem Kanton und darin, dass die Exekutive und die Legislative aus diesem Grunde öfters entgegengesetzte politische Ideen vertreten könnten. Dies könne der Entwicklung des Kantons Wallis zum Schaden gereichen. Der Staatsratspräsident fürchtete sich zudem vor einer erheblichen Schwächung des Grossen Rates, weil die gesetzgebende Gewalt vom Grossen Rate auf das Volk übergehen würde. Aus

²⁷ *Ibid.*, S. 151-161 und 172-177.

²⁸ *Ibid.*, S. 156.

²⁹ Henri de Torrenté, am 6. Dezember 1845 in Neapel geboren, war von Beruf Advokat und Notar. Er war lange Jahre Grossrat für den Bezirk Sitten (1877-1881 und 1906-1917) und über 20 Jahre lang Staatsrat (1881-1905). Er wurde während dieser Zeit zum mächtigsten Mann in der konservativen Partei. Während seiner Amtszeit als Staatsrat hatte er nicht weniger als fünfmal das Amt des Staatsratspräsidenten inne: 1883/84, 1888/89, 1893/94, 1898/99, 1903/04. Nebenbei vertrat er das Wallis als Ständerat von 1888-1898 und 1902-1903 und präsierte die Kleine Kammer 1894/95. Im Jahre 1905 wurde er zum Direktor der Hypothekar- und Ersparniskasse des Wallis ernannt, deren Geschicke er bis 1917 führte. Er starb am 20. Januar 1922 in Sitten («Walliser Behörden», S. 380-381).

³⁰ Jules Ducrey, am 27. Mai 1846 in Sitten geboren, wurde 1893 als erster liberal-radikaler Vertreter in den Staatsrat des Kantons Wallis gewählt. Der Advokat und Notar Ducrey blieb bis zu seinem Tode am 11. April 1905 in diesem Amt. Er präsierte den Staatsrat in den Jahren 1897/98 und 1902/03 («Walliser Behörden», S. 292).

diesen Gründen war der Staatsrat gegen die Motion Seiler. Gleichzeitig erklärte er sich mit dem Antrag Loretans einverstanden, fügte aber hinzu:

Il n'est pas probable que cette étude aboutisse à des changements fondamentaux, car notre charte cantonale bien qu'elle en soit à sa 28^e année ne paraît pas, dans ses grandes lignes, avoir trop vieilli. Si le contraire était vrai, nous aurions eu à enregistrer quelques manifestations témoignant d'une situation politique anormale. [...] Cette absence de toute effervescence est une circonstance heureuse parce qu'elle permettra aux hauts pouvoirs publics d'entreprendre [...] en toute liberté d'esprit le travail toujours important de la révision de notre loi fondamentale, et de n'apporter dans nos décisions qu'un seul souci, sentiment qui est commun à tous les membres qui font partie de cette Haute Assemblée: celui d'assurer le bien-être moral et matériel du peuple valaisan.³¹

Die Anliegen der Revisionisten unterlagen daher in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse in der Abstimmung deutlich, und die Motion wurde vom Grossen Rat mit 76 gegenüber 28 Stimmen erwartungsgemäss hoch verworfen³². Unterstützt wurde die Motion neben den Antragsstellern nur noch von der liberal-radikalen Vertretung im Grossen Rat. Für die Motion und damit für die Erweiterung der Volksrechte stimmte auch der konservative Vertreter Joseph de Lavallaz, der sich in der Debatte mit seinem Votum für die Motionäre eingesetzt hatte³³.

Mit seiner Motion hatte Alexander Seiler die Walliser Politik aufgemischt, Bewegung in das politische und mediale Interesse im Kanton Wallis gebracht und damit letztlich auch die verkrustete und praktisch ausschliesslich rein parteipolitisch gesteuerte Medienlandschaft verändert. Denn insbesondere in den Jahren 1900 bis 1910 herrschte im Wallis eine rege Pressevielfalt vor. Für die katholisch-konservative Partei fungierte der *Walliser Bote* im Oberwallis und die *Gazette du Valais* im Unterwallis als Presseorgan. Hinzu kam *L'ami du peuple valaisan*, der dieser Partei nahe stand und deren Ideen und Prinzipien vertrat. Als neutral und doch eher regierungstreu traten das *Journal et feuille d'avis du Valais*, der *Nouvel-liste* und die *Walliser Nachrichten* (letztere mit einer kurzen Lebensdauer von 1901 bis 1903) auf. Dagegen war der 1899 gegründete *Briger Anzeiger* auf Seiten der Motionäre, was zu einer regelrechten Pressefehde seitens der von der katholisch-konservativen Partei dominierten Presse führte. Damit war der *Briger Anzeiger* das Oppositionsblatt im Oberwallis und als Pendant fungierte im Unterwallis der liberal-radikale *Le Confédéré*. Von kurzer Lebensdauer und minderer Bedeutung war die Kleinzeitung *Le Bas-Valaisan* (1904-1906) und deren Nachfolger *Le Simplon* (1906-1908)³⁴.

³¹ *BGC*, 23. November 1903, S. 165.

³² *Ibid.*, S. 175-177. Vgl. dazu auch die Grossratsprotokolle der ordentlichen Session vom 23. November 1903 (*StAW*, 1002, Bd 71).

³³ Vgl. etwa *BGC*, 23. November 1903, S. 170-172. Joseph de Lavallaz, geboren am 13. März 1864 in Sitten, gehörte der konservativen Partei an und vertrat für diese den Bezirk Sitten als Grossrat von 1894 bis 1905. Von 1901 bis 1903 präsidierte er den Grossen Rat. Der studierte Advokat und Notar unterrichtete an der Rechtsschule in Sitten. Er wagte es als einziger katholisch-konservativer Abgeordneter, sich öffentlich für eine Erweiterung der Volksrechte einzusetzen. Lavallaz bekannte sich auch später noch in einem langen öffentlichen Artikel zu Erweiterung der Volksrechte. Dies sollte ihn teuer zu stehen kommen. Er wurde zwar nicht offiziell aus der Partei ausgeschlossen, erhielt aber fortan keine Parteieinladungen mehr. Damit war er faktisch von der Partei als persona non grata erklärt (vgl. dazu *Briger Anzeiger*, 1904, Nr. 23). So sollte er von seiner Partei für die Grossratswahlen von 1905 nicht mehr berücksichtigt werden («Walliser Behörden», S. 325).

³⁴ Zur Geschichte der Walliser Presse siehe die neuste Arbeit von Antoine LUGON, *La presse valaisanne / Die Walliser Presse*, Sitten, 2008 (Beiheft zu Vallesia, 18, im Druck).

Alexander Seiler vertrat mit seiner Gruppierung den fortschrittlichen Flügel der katholisch-konservativen Partei. Dabei bekämpfte er die aristokratische Führung dieser Partei. Er hatte sich mit seiner Splittergruppe von der Mutterpartei losgelöst und abgesondert³⁵. Seiler war der festen Überzeugung, es sei ein Widerspruch, dass eine Partei, die vom Volke getragen wird und dessen Unterstützung bedarf, unter aristokratischer Führung stehe. Das hatte ihm die Ablehnung seiner Motion durch die konservative Partei im Grossen Rate einmal mehr bewiesen. Diese Motion wollte dem Volke zu besseren und demokratischeren Rechten verhelfen. Gerade die konservative Partei, die nur dank der Mehrheit des Volkes die Regierungspartei im Kanton Wallis stellen konnte, lehnte eine rechtliche Besserstellung des Volkes ab! Gegen diese paradoxe Situation anzukämpfen, wurde eines der Hauptziele von Alexander Seiler. Seiler setzte sich vehement für jeglichen vernünftigen Fortschritt im ganzen Kanton ein, für eine gesunde und entwicklungsfähige Wirtschaft und für die Ausdehnung des Fremdenverkehrs. Erst die Zukunft hat ihm Recht geben müssen und liess die Weitsicht und Intelligenz dieses Politikers erkennen. Sie strafte diejenigen Lügen, die seine fortschrittlichen und weitsichtigen Pläne mit allen nur erdenklichen Mitteln zu bekämpfen suchten.

Weil er sich für den Fortschritt eingesetzt und eine Minderheitsidee vertreten hatte, war Seiler bei seiner Mutterpartei, den konservativen Politikern und beim Klerus nicht sehr beliebt gewesen. Seine Pläne deckten sich teilweise mit dem Parteiprogramm der Liberal-Radikalen des Unterwallis, was die Konservativen veranlasste, ihm Zusammenarbeit mit der Opposition vorzuwerfen. Eine solche Kooperation ergab sich nur scheinbar, da sowohl Seiler als auch die Liberalen den Fortschritt auf ihr Banner geschrieben hatten. Im Gegensatz etwa zu den Liberal-Radikalen und zur Gruppe Seiler betrieb die konservative Partei eine Politik der Zurückhaltung und Vorsicht. Demokratischen Ideen, Freiheits- und Zukunftsidealen stand sie mit gemischten Gefühlen gegenüber. Enthusiasmus und Freude über Neuerungen und Verbesserungen kam bei ihr nie so recht auf. Dies mag mitunter, neben der Angst vor einem Machtverlust, ein entscheidender Grund für die Ablehnung der Motion Seiler gewesen sein. Die Angst vor der möglichen Machteinbusse war gewiss auch ein Grund für die starre Haltung gegenüber der Gruppe Seiler. Diese wurde Ende 1903 und vor allem im Frühjahr 1904 zur Zielscheibe manch ungerechtfertigten Angriffs seitens der Konservativen.

Erstaunlicherweise löste die Motion Seiler in der welschen konservativen Presse nicht die erwarteten politischen Reaktionen aus. Die *Gazette du Valais* teilte vielmehr kurz und sachlich die Hinterlegung der Motion mit und druckte sogar deren vollen Wortlaut in ihrem Blatte ab³⁶. Hingegen sollte die Motion Seiler für den Redaktor des *Walliser Boten* Grund genug sein, einen neuen Pressestreit vom Zaune zu brechen. Vorerst aber berichtete der *Walliser Bote* über die Grossratssitzung vom 23. November 1903 und gab die Voten der einzelnen Redner in jener Verhandlung in verkürzter Form wieder³⁷.

Der *Briger Anzeiger* druckte die Voten aller Abgeordneten, die sich zu jener Motion geäussert hatten, in ausführlicher, für den Zeitungsleser fast zu weit-schweifiger Weise ab; denn er benötigte dazu nicht weniger als sechs Fortsetzungsfolgen! Damit bot er dem Leser ein umfassendes Bild jener Grossratsdebat-

³⁵ Vgl. Werner KÄMPFEN, *Alexander Seiler der Jüngere*, Zürich, 1945, S. 90 f.

³⁶ *Gazette du Valais* (nachfolgend *GdV*), Nr. 93 und 94, 21. und 25. November 1903.

³⁷ *Walliser Bote* (nachfolgend *WB*), Nr. 94-96, 25. November bis 2. Dezember 1903.

ten und zeigte ihm die Haltung der beiden Lager auf³⁸. Am 25. November 1903 kommentierte ein Korrespondent die Motion Seiler im *Walliser Boten* auf eine ironische, sogar satirische Art und Weise. Hierauf forderte ihn Alexander Seiler in einer Erklärung, die er im *Briger Anzeiger* veröffentlichen liess, auf, sachlich zu bleiben, und verurteilte die persönlichen Anspielungen und Anfeindungen:

Es wäre uns ein Leichtes, dem Beispiele des N-Korrespondenten des W.B. folgend, einige Namen aus der Liste der 75 Grossräte, die gegen die Motion gestimmt, herauszugreifen, und zum Gegenstand spass- und lachhafter Bemerkungen zu machen. Wir werden das nicht tun, weil wir das Votum eines jeden Abgeordneten achten und ehren und weil uns die Volksrechte selbst, deren Aufnahme in die Verfassung wir im Grossen Rate zu verlangen die Ehre hatten, zu heilig sind, um sie zum Gegenstand einer gehässigen und in Persönlichkeiten ausartenden Pressefehde zu machen.³⁹

In der Folgezeit erschienen im *Walliser Boten* vermehrt Artikel, die sich gegen eine Verfassungsrevision im Sinne der Erweiterung der Volksrechte aussprachen⁴⁰. Dagegen fanden sich im *Briger Anzeiger* öfters Berichte, welche sich offen und mit aller Entschiedenheit für die Anliegen der Revisionisten einsetzten und dem Grossen Rate fehlende Weitsicht vorwarfen⁴¹. Die Fronten hatten sich schon seit langem verhärtet und klar abgezeichnet. Es brauchte nur noch den zündenden Funken, um im Oberwallis eine grosse Pressefehde zu entfachen. Diesen lieferte sodann am Vorweihnachtsabend des Jahres 1903 der Geistliche und Redaktor Theodor Arnold mit der Publikation einer Gommer Korrespondenz im *Walliser Boten*. Ein Gommer Bürger zweifelte darin die Echtheit der Leserbriefe aus dem Goms an, die im *Briger Anzeiger* erschienen waren. Er bestritt das Vorhandensein von Sympathien der Gommer für die Ideen der Revisionisten und fügte provozierend hinzu: «...mit Ausnahme einiger dienender und bezahlter Geister, die da meinen, den Ton angeben zu müssen.»⁴² Diese Beschuldigung (Bestechung oder Volksirreführung spiele da mit) hätte allein schon genügt, den Stein des Anstosses zu bilden. Anscheinend aber war dies dem Redaktor des *Walliser Boten* noch nicht genug, denn er setzte dem Leserbrief folgende verleumderische Bemerkung voran: «Von einem sehr angesehenen und mit den Verhältnissen von ganz Goms durch seinen Verkehr mit den verschiedenen Gemeinden gut bekannten Manne, dem das Treiben mit all den erdichteten und bestellten Korrespondenzen im B.A. endlich zu bunt wird, erhalten wir folgende Korrespondenz.»⁴³ Diese eindeutige Provokation und die anmassende Anschuldigung wies der *Briger Anzeiger* aufs Energischste zurück und versprach, auch künftig jeden persönlichen Angriff bei der Besprechung der Revision zu unterlassen⁴⁴. Gleichzeitig erklärte er jedoch, seinen Lesern und Korrespondenten, die persönlich angegriffen würden, zur Abwehr und zur Verteidigung ihrer Interessen seine Spalten zu öffnen. Des Weiteren stellte er seinen Lesern die Frage: «Kann ein Blatt, das zudem noch einen geistlichen Herrn zum Redaktor hat, nicht auch einmal eine Pressefehde führen, ohne gleich verletzend und beleidigend zu werden?»⁴⁵ Diese Frage offen zu beantworten, wagten viele nicht. Arbeitet man aber heute die Artikel des *Walliser Boten* jener Zeit durch, kommt man nicht umhin, festzustellen,

³⁸ *Briger Anzeiger* (nachfolgend BA), Nr. 93-99, 21. November bis 12. Dezember 1903.

³⁹ BA, Nr. 95, 28. November 1903.

⁴⁰ Vgl. u. a. WB, Nr. 99-102, 12.-23. Dezember 1903.

⁴¹ Vgl. u. a. BA, Nr. 95, 97 und 98 aus dem Jahre 1903.

⁴² WB, Nr. 102, 23. Dezember 1903.

⁴³ WB, ebenda.

⁴⁴ BA, Nr. 104, 30. Dezember 1903.

⁴⁵ BA, ebenda.

dass Redaktor Arnold grosse Schwierigkeiten hatte, in dieser Angelegenheit objektiv und vorurteilslos zu berichten.

Mit dieser uneinsichtigen Haltung Arnolds und mit der Ankündigung des *Briger Anzeigers*, seinen angegriffenen Lesern die Spalten zu öffnen, war der Pressekrieg im Oberwallis offen ausgebrochen. Die Motion Seiler erregte aber nicht nur im Wallis grosses Aufsehen, sondern wurde in der Folge auch in verschiedenen Blättern der Deutsch- und Westschweiz besprochen und kommentiert. Zugesandte Korrespondenzen über die Motion Seiler fand man ebenso wie Leitartikel bedeutender Schweizer Redaktoren⁴⁶.

Am Neujahrstage 1904 erschien im *Briger Anzeiger* ein Aufruf, mit dem sich die acht Motionäre erstmals direkt an die Öffentlichkeit wandten⁴⁷. In der Zwischenzeit hatten sie nämlich einen Unterschriftenbogen in Umlauf gegeben. Damit wollten sie die benötigten 6000 Unterschriften sammeln, um gemäss Art. 87 der Kantonsverfassung das Verfassungsreferendum anzustreben. Würde ihnen dies gelingen, so hätte danach das Volk die Möglichkeit, in einem Urnengange selbst darüber zu befinden, ob die Verfassung überhaupt revidiert werden sollte, und wenn ja, ob es eine Total- oder eine Teilrevision sein sollte⁴⁸. In diesem Aufruf unterrichteten sie die Bevölkerung von ihrem Vorhaben und baten diese, die Referendumsbögen zu unterschreiben. Dies schien den Revisionisten der einzig gangbare Weg gewesen zu sein, um dem Volke zu seinen Rechten zu verhelfen. Sie erkannten darin die beste Möglichkeit, die Festung der Konservativen zu sprengen und erblickten darin den kürzesten Weg, um zu einer demokratischeren Verfassung zu gelangen.

Inzwischen hatten die Motionäre die Gefahr, die dem Oberwallis bei einer Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte bevorstand, erkannt. Sie liessen daher diese beiden Postulate für den Moment beiseite und nahmen nur mehr die Gesetzesinitiative und das Gesetzesreferendum in ihre Forderungen auf. Mit diesem weniger weit reichenden Postulat hofften sie, den Widerstand der Konservativen eher brechen zu können. Handelte es sich bis anhin nur um eine Pressefehde im Oberwallis und um eine prestige- und imagerträchtige Angelegenheit für die Oberwalliser Konservativen, so sollte sich dies mit dem obigen Aufruf schlagartig ändern. Hatte sich die Unterwalliser Presse bis zu Beginn des neuen Jahres beinahe still verhalten, so mussten die einzelnen Zeitungen nun Partei für eines der beiden Lager ergreifen. Die konservativen Blätter stärkten der katholisch-konservativen Partei den Rücken (der *Nouvelliste* und das *Journal et feuille d'avis du Valais* verhielten sich vorderhand sehr zurückhaltend). Auf die Seite der Revisionisten schlug sich neben dem *Briger Anzeiger* nur noch *Le Confédéré*.

Die kantonal-konservative Parteileitung hatte bislang nicht in diese Pressefehde im Oberwallis eingegriffen. Doch durch den bis dahin im Wallis einmaligen Versuch, das Verfassungsreferendum zu ergreifen, war sie ebenfalls gezwungen, Stellung zu beziehen. Als Antwort auf den öffentlichen Aufruf der Revisionisten publizierten die beiden konservativen Parteizeitungen eine Mitteilung des kantonalen konservativen Parteikomitees. Dieses gab darin bekannt, die Referendums-

⁴⁶ Vgl. dazu u. a. *Zürcher Nachrichten*, 5. Dezember 1903 und *Basler Volksblatt*, 4. Dezember 1903.

⁴⁷ Vgl. auch *Le Confédéré*, Nr. 2 und 5, 6. und 23. Januar 1904.

⁴⁸ Art. 87 KV 1875 lautet: «Die vorliegende Verfassung muss revidiert werden, wenn es die Mehrheit der stimmfähigen Bürger begehrt. Ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren wird in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet. Im bejahenden Falle haben diese Versammlungen zugleich zu entscheiden, ob die Revision eine vollständige (Total-) oder teilweise (Partial-) sein und durch einen Verfassungsrat vorgenommen werden solle.» Der letzte Absatz zu diesem Artikel ist hier nicht angeführt.

bögen dürften von den Anhängern der konservativen Partei auf keinen Fall unterzeichnet werden!⁴⁹ In grossen, fettgedruckten Lettern stand im *Walliser Boten* vom 9. Januar 1904 das Wort *WARNUNG* am Kopfe dieser Pressemitteilung. An solchen Details lässt sich heute die brisante und hochexplosive politische Situation jener Zeit und die Aufsplitterung in zwei einander bekämpfende Gruppierungen gut erkennen. Den Entschluss, die Unterschriftensammlung nicht zu unterstützen, begründete das Kantonalkomitee einerseits mit der Trennung der Revisionisten von der Mutterpartei, andererseits warfen sie der Gruppe Seiler vor, mit den Liberal-Radikalen des Unterwallis zu kooperieren. Zudem erklärten sie ihrem Wählerkreis, das Vorgehen der Revisionisten würde ein klares Misstrauensvotum an die Mehrheit des Grossen Rates bedeuten, da dieser die Motion Seiler in seiner Novembersession eindeutig abgelehnt hatte. Ebenso hätte der Grosse Rat dem Staatsrat in derselben Session schon den Auftrag erteilt, die Revision der Verfassung auf ihre Zweckmässigkeit zu überprüfen. Aus diesen Gründen sei das Vorgehen der Motionäre unnötig und voreilig.

Als Folge dieser divergierenden Meinungen sollte im Frühjahr 1904 ein Pressekrieg ausbrechen, der die beiden sich bekämpfenden politischen Lager mit einer ungeheuren Wucht und Gewalt aufeinander prallen liess⁵⁰. In diesen Pressekrieg griffen auch andere Schweizer Zeitungen ein. So fühlte sich der *Walliser Bote* von liberal gesinnten Zeitungen angegriffen, wie von der *Neuen Zürcher Zeitung* oder vom *Bund*, welche die Interessen und Ziele Seilers mitunterstützten⁵¹.

Wie jede Partei, so versuchte auch die katholisch-konservative Partei ihre politische Stellung und ihren Einfluss im Kanton Wallis zu verteidigen. Als Regierungspartei wollte sie ihre Vormachtstellung nicht preisgeben und liess daher nur eine beschränkte, gut kontrollierbare Opposition aufkommen. Als sich die Gruppe Seiler jedoch langsam von eben dieser katholisch-konservativen Partei zu lösen begann, kam sofort Bewegung in die Führungsreihen der Konservativen. Als Seiler und Konsort ihre Motion im Grossen Rate einbrachten, erkannten die Konservativen in den geforderten Postulaten eine Gefahr für ihre Partei. Einerseits, so fürchteten sie, würde ihre Stellung im Oberwallis durch die Absplitterung der Gruppe Seiler von ihr geschwächt. Sie sahen die Einigkeit, die im Oberwallis vorherrschte, mit dem Aufkommen einer zweiten Partei schwinden. Zum anderen glaubten sie, mit der Annahme der geforderten Postulate würde die liberal-radikale Opposition im Mittel- und Unterwallis erheblich gestärkt, ja sie könnte sogar zu einer akuten Gefährdung der konservativen Vormachtstellung führen. Es waren denn wohl vor allem diese Gründe, die zur eindeutigen Ablehnung der Motion Seiler beitrugen. Man darf aber das Vorgehen der konservativen Partei nicht damit allein entschuldigen, denn es darf nicht vergessen werden, dass die konservative Mehrheitspartei nur mit der Unterstützung des Grossteils der Walliser Bevölkerung diese Machtstellung im Kanton erlangt hatte. Die Gunst des Volkes war und ist in jedem Falle und jederzeit der Gradmesser der politischen Parteienstärke. Mit der Ablehnung der Motion Seiler hatte man schliesslich eine Ausdehnung und Verbesserung der Volksrechte verhindert! Eine an und für sich unlogische Erscheinung: Das Volk unterstützt eine Partei, die verhindert, dass das Volk zu seinen

⁴⁹ WB, Nr. 3, 9. Januar 1904. – GdV, Nr. 2, 6. Januar 1904. – *L'Ami du peuple*, Nr. 2 und 3, 6. und 9. Januar 1904.

⁵⁰ Man braucht nur die Walliser Zeitungen vom Januar und Februar des Jahres 1904 zu lesen, um erkennen zu können, wie heftig und grob diese Auseinandersetzung in der Presse geführt wurde. Verleumdungen, irreführende Meldungen und Klatsch schienen an der Tagesordnung zu sein. Hüben wie drüben wurde nicht mit harten und ehrverletzenden Worten gegeizt.

⁵¹ WB, Nr. 4, 13. Januar 1904.

Rechten kommt! Diese Erscheinung kann man auch aus einem andern Gesichtswinkel betrachten. Es war damals (und wohl auch heute noch) so, dass ein Vorschlag, der aus den Reihen der Opposition stammte, oftmals ohne Chance war. Es muss dies auch hier der Fall gewesen sein. Wohl erkannten die Konservativen die verbesserten Rechte für das Volk, sahen aber gerade darin die grosse Gefahr für den traditionellen Konservatismus und erachteten die Motion als Angriff der Opposition auf die konservative Festung.

Dennoch musste auch den konservativen Führern klar gewesen sein, dass es nur noch eine Frage der Zeit war, bis die geforderten Volksrechte auch im Wallis verwirklicht würden. Man darf vor allem nicht vergessen, dass sich die gesamtschweizerische konservative Partei schon jahrzehntelang für eben diese Volksrechte eingesetzt hatte⁵². Auch sie hatte den Wandel vom Feind zum Freund dieser Volksrechte vollziehen müssen. Bis die Walliser Konservativen sich allerdings dazu entschliessen konnten, dem Volke zu seinen Rechten zu verhelfen, war noch ein langer und steiniger Weg zu gehen.

4. Verfassungsreferendum und -revision

Nachdem die Motion Seiler auf dem parlamentarischen Wege von der Mehrheitspartei abgeblockt und aus den Voten der konservativen Politiker ersichtlich geworden war, dass sie die Einführung der erweiterten Volksrechte nicht als dringlich einstufte, blieb den Motionären nur mehr der eine Weg offen. Sie mussten versuchen, über das Verfassungsreferendum dem Volke zu seinen Grundrechten in einer Demokratie zu verhelfen. In diesem Sinne lautete denn auch der oben erwähnte Aufruf an die Walliser Bevölkerung vom Neujahrstage 1904 im *Briger Anzeiger*:

Werte Mitbürger! Nachdem der Grosse Rat in der letzten Novembertagung unsern Antrag auf Erweiterung der Volksrechte mit Wucht verworfen, haben die Motionsteller beschlossen, die Frage der Verfassungsrevision im Sinne der Ausdehnung der Volksrechte dem Souveräne selbst, d.h. dem Volke zu unterbreiten. Es scheint uns, dass der Grosse Rat schlecht beraten war, als er von sich aus unsere Motion abwies. In einem demokratischen Staate hat das Volk, nicht der Grosse Rat über seine Rechte zu entscheiden, ihm gehört das letzte Wort. Das Volk soll selbst seinen Willen kund geben, ob es reif, ob es fähig, an den Gesetzen mitzuarbeiten und denselben seine Genehmigung zu erteilen. Es ist uns in erster Linie um das Gesetzesreferendum und die Initiative, die zwei idealsten Volksrechte, zu tun. Die Frage der Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte mag für einstweilen noch offen bleiben; dieselbe stösst – wir anerkennen es – in unserem Lande in Folge der sprachlichen und topographischen Verhältnisse auf nicht zu verkennende Schwierigkeiten. Auch sie wird in nicht zu ferner Zeit eine Lösung im Sinne der demokratischen Staatsauffassung finden. Fürs erste aber verlangen wir ein Recht, das seine Wiege in unserem lb. Vaterlande hat, das unsere Vorfahren einst in langen und blutigen Kämpfen mit ihren Landesherren erstritten, das sie jahrhundertlang ausgeübt, ein Recht, in dem sie stets das kräftigste Bollwerk gegen Unterdrückung und Vergewaltigung erblickten. Dieses Recht, das Gesetzesreferendum, besitzen wir im Bunde; wir wollen es auch im Kanton ausüben. Oder soll das Volk, nachdem es im Bunde majoren geworden, im Kantone minderjährig sein? Gewiss nicht. Das Referendum ist uns in den Verfassungsstürmen der vierziger Jahre verloren gegangen. Die Zeit ist gekommen, dasselbe wieder zu

⁵² Vgl. Theodor CURTI, *Die schweizerischen Volksrechte, 1848-1900*, Bern, 1900, S. 99-114. – Vgl. auch BA, Nr. 3, 9. Januar 1904.

erobern. Nachdem der Staatsratspräsident im Namen des Staatsrates in der Grossrats-sitzung vom 23. November abhin diese Volksrechte abgelehnt hat, bleibt uns nur mehr der durch die Verfassung bezeichnete Weg offen, wenn wir in den Besitz der Volksrechte, Referendum und Initiative, gelangen wollen. Art. 87 der Verfassung vom Jahre 1875 bestimmt, dass ein von sechstausend Bürgern gestelltes Revisionsbegehren in den Urversammlungen der Entscheidung des Volkes unterbreitet werden muss. Bürger von Wallis! Wir fordern Euch auf, mit uns das Referendum zu ergreifen und die in Circulation gesetzten Referendumsbogen recht zahlreich zu unterschreiben.⁵³

Schon sechs Tage später wurden mehr als 700 Unterschriften vermeldet. Die katholisch-konservative Partei unterstützte das Begehren nach wie vor nicht und rief zum Boykott auf. In der Folge blieben sich die beiden politischen Lager nichts schuldig. Die Auseinandersetzung um diese Verfassungsrevision spielte sich zu einem grossen Teil über die Presse ab, sowohl im Oberwallis wie auch im Unterwallis. Diese Wirren, die unaufhörlichen Fehden und die politischen Geplänkel konnten den Siegeszug der Reformbewegung aber nicht mehr gefährden. Bereits am 17. Januar war mehr als die Hälfte der Unterschriften beisammen. Als der *Confédéré* wenige Tage später seine Leser zur Unterstützung aufrief, konnte das Presseorgan der Liberalen noch vor Ende Monat das Erreichen des Zieles ausrufen. Unterbrochen wurde die Unterschriftensammlung nur noch von einem der in der Geschichte des Wallis wohl heftigsten Nationalratswahlkämpfen um die Ersatzwahl für den verstorbenen Mandatsinhaber Alfred Perrig. Gegen den Rarner Heinrich von Roten portierte die Opposition Alexander Seiler, der beim Volke grosse Sympathien genoss, aber schliesslich mit 8621 zu 6404 Stimmen unterlag. Das Revisionsbegehren kam kurz darauf mit über 10 440 Unterschriften zustande. Vor dieser gewaltigen Sympathiekundgebung für die Reformanhänger konnten die Konservativen fortan nicht mehr die Augen verschliessen und der Regierungspartei blieb nur mehr der Rückzug offen und sie setzte sich über Nacht plötzlich auch für die Volksrechte ein. Das Volk konnte diesen Gesinnungswandel nur schwer verstehen, und er war Gegenstand manch bissigen Kommentars selbst in der Regierungspresse. Letztere versuchte mit verzerrten Kommentaren zwar den Schein und das Gesicht zu wahren, was aber mehr schlecht als recht gelang. Nach der Einreichung des Revisionsbegehrens kam der Staatsrat letztlich unter dem Druck des Volkes und der Opposition zum Schluss, dass eine Verfassungsrevision als zweckmässig einzustufen und in die Hand zu nehmen sei. An der Volksbefragung vom 19. Juni 1904 nahmen nur 45% der stimmbfähigen Bürger teil. Indes sprach sich eine deutliche Mehrheit von über 90% für eine Verfassungsrevision aus.

In der Folge setzten im Oberwallis auch lang dauernde Versöhnungsgespräche zwischen den beiden Lagern ein. Zudem verzichtete Heinrich von Roten auf eine Wiederwahl in den Nationalrat zugunsten des Demokraten Alexander Seiler. Daraufhin erschien am 21. Oktober 1905 ein Communiqué in den beiden Oberwalliser Zeitungen:

Die Vertreter der katholisch-konservativen und demokratischen Gruppe des Oberwallis haben auf Grund längerer Unterhandlungen sich auf ein einheitliches Partei- und Arbeitsprogramm geeinigt. Dieselben bilden fernerhin eine Partei unter der bereits bestehenden Bezeichnung «katholisch konservative Gruppe des Oberwallis». Die auf katholischer Grundlage aufgebauten, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden, nach Fortschritt hinzielenden und die Wohlfahrt des Landes bezweckenden Pro-

⁵³ BA, Nr. 3, 9. Januar 1904.

grammpunkte werden durch das Zusammenwirken aller konservativen Kräfte des Oberwallis ins Leben umgesetzt, dem Vaterlande zum Segen gereichen.⁵⁴

Der Staatsrat legte dem Grossen Rate einen Revisionsentwurf und eine Botschaft für eine neue Walliser Verfassung vor, die zu jenem Zeitpunkt wohl hatten erwartet werden können. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Reformisten (Demokraten und Liberal-Radikale) und den Konservativen um das Verfassungsreferendum im Vorjahr und die darauf folgenden Sympathiekundgebungen der Walliser Bevölkerung zugunsten der Reformanhänger zeichneten den Weg und den Inhalt einer neuen Verfassung in den wichtigsten Grundzügen vor. Kannte man die politische Situation um die Jahrhundertwende mit der grossen Vormachtstellung der Katholisch-Konservativen, war eigentlich leicht abzuschätzen gewesen, dass nur die grundlegendsten Reformen und Forderungen verwirklicht werden würden, und so sollte es auch sein. Die Reformisten waren zu Kompromissen bereit gewesen, konnten ihre fundamentalen Volksrechte, die Gesetzesinitiative und das Gesetzesreferendum durchbringen, mussten sich aber der Mehrheit bei der Volkswahl von Staats- und Ständerat beugen. In den Verfassungsentwurf wurden gegenüber der bestehenden Verfassung auch wirtschaftsfördernde Massnahmen und die Möglichkeit der Einführung der obligatorischen Feuerversicherung aufgenommen sowie die Unterstützung des Lehrlingswesens und protektionistische Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes und der Industrie, welche zeitbedingt und damals auch zeitgerecht waren. Die eben aufgezählten Neuerungen gehörten damit zu den wichtigsten, entscheidendsten und revolutionärsten in diesem Entwurf. Die vorgenannten Bestimmungen fanden letztlich nach den Beratungen im Grossen Rate Eingang in die neue Verfassung von 1907, ebenso wie die freie Meinungsäusserung und die Möglichkeit der Einführung eines Generalrates.

Zentrale Neuerungen der Verfassung von 1907

- Obligatorisches Gesetzesreferendum (Art. 30)
- Volksinitiative (Gesetzesinitiative) (Art. 31)
- Fakultative Proporzwahl auf Gemeindeebene (Art. 87)
- Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit (Art. 8)
- Staatliche Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels; des beruflichen Unterrichts für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe (Art. 15)
- Obligatorische Viehversicherung und (gegebenenfalls) obligatorische Mobil- und Immobilien-Feuerversicherung (Art. 16)
- Staatliche Förderung der Entwicklung des Strassennetzes und der übrigen Verkehrsmittel (Art. 17)
- Staatliche Förderung und Unterstützung von Bezirks- oder Kreisspitälern, Kliniken und Krankenhäusern (Art. 19)
- Hauptort des Kantons bleibt Sitten, das neu offiziell Sitz des Grossen Rates, des Staatsrates und des Kantonsgerichtes wird (Art. 27)
- Gemeindeautonomie innerhalb der Schranken der Verfassung und der Gesetze (Art. 69).

⁵⁴ BA und WB, Nr. 84, 21. Oktober 1905.

Der Grosse Rat verabschiedete die neue Verfassung am 8. März 1907. Die neue Verfassung wurde mit diesen gegenüber der Verfassung von 1875 statuierten Änderungen vom Volke am 12. Mai 1907 mit 8144 gegenüber 1621 Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von knapp 40% deutlich angenommen.

Die Presse bemängelte die tiefe Stimmbeteiligung und führte diese zum Teil auf den erst vierzehn Tage vor der Abstimmung öffentlich bekannt gemachten Abstimmungstag und den Umstand, dass der Verfassungstext dem Volk erst wenige Tage vor dem Abstimmungstage zugänglich gemacht wurde. Nichtsdestotrotz warnten die Kommentatoren vor der zunehmend einsetzenden politischen Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Bevölkerung.

5. Ausblick nach dem Rückblick

Die neue Walliser Verfassung vom 8. März 1907 wurde per 2. Juni 1907 vom Staatsrat in Kraft gesetzt und hat mittlerweile ein mehr als 100-jähriges Bestehen. Sie wurde mit verschiedenen Teilrevisionen den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Verschiedene Forderungen der Demokraten und Liberal-Radikalen wurden später ebenfalls in die Kantonsverfassung aufgenommen, beispielsweise jene der Volkswahl von Staats- und Ständeräten und jene des Proporz bei den Grossratswahlen (1920) oder des Proporz auf Gemeindeebene (1969). Dagegen wurde das hart erkämpfte Recht des obligatorischen Gesetzesreferendums im Jahr 1993 in ein fakultatives umgewandelt, was insbesondere mit der tiefen Stimmbeteiligung und dem unnötigen administrativen und finanziellen Aufwand begründet worden war. Letztlich muss man sich jedoch als mündiger Bürger fragen, ob damit nicht die Bürgerrechte erschwert worden sind und die Politik einziger Gewinner war – in dem Sinne nämlich, dass dem Volkswillen weniger prioritäre Bedeutung zukommt und die Politik grösseren Spielraum genießt, weil eine Gruppierung jedes Mal zuerst das Referendum ergreifen muss, bevor ein Gesetz dem Volke vorgelegt wird. Jede Ergreifung des Referendums ist an und für sich schon eine Hemmschwelle. Mit dem obligatorischen Referendum mussten die Gesetzgeber Gesetze erlassen, die auch die Hürde der Volksabstimmung hatten überspringen können.

Wichtige Verfassungsänderungen bis heute

- Art. 84: Einführung des Proporz bei den Grossratswahlen (1920)
- Art. 85bis: Volkswahl von Staats- und Ständeräten (1920)
- Art. 87: Einführung des Proporz bei den Gemeinde- und Burgerratswahlen (1969)
- Art. 88: Einführung des Frauenstimmrechts im Wallis (1970); illegale Stimmabgabe der Frauen von Unterbäch bereits 1957.
- Art. 88: Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre (1991).
- Art. 30: Umwandlung des obligatorischen in ein fakultatives Referendumsrecht (1993) [bei Verfassungsfragen bleibt das obligatorische Referendum in Kraft]
- Art. 13bis: Schutz und Unterstützung der Familie als Basisgemeinschaft der Gesellschaft (1999).

Mittlerweile sind rund zwei Drittel der ursprünglichen Verfassungsbestimmungen durch Teilrevision modifiziert und angepasst oder gar ersetzt worden. Die

aktuelle Verfassung ist damit eine Grundlage geworden, die sich aus dem Volkswillen und dem politischen Willen von drei Generationen und der verschiedensten Zeitepochen zusammensetzt. Es stellt sich damit unweigerlich die Frage nach einer Gesamtrevision dieser 100-jährigen Verfassung.

Dieses Puzzle aus verschiedenen Zeitepochen entspricht weder sprachlich noch in Form und Inhalt dem heutigen Zeitgeist und auch das heutige Verfassungsverständnis ist nicht mehr identisch mit jenem von 1907. Eine Totalrevision wird damit wohl unumgänglich. Denn sowohl der Kanton als Ganzes als auch die Gesellschaft und Politik haben sich weiterentwickelt, die Wertvorstellungen haben sich inzwischen massiv verändert und die gesamten Lebensformen der heutigen Bevölkerung entsprechen bei weitem nicht mehr jenen aus der Entstehungszeit der gegenwärtig im Wallis noch gültigen Kantonsverfassung. Darüber hinaus entspricht die aktuelle Verfassung nicht mehr einer modernen systematischen Darstellung. Hinzu kommen damit gewisse formelle Mängel und es dürften auch inhaltliche Vorliegen, sowie Regelungen in der Verfassung vorkommen, die auch auf einer untergeordneten Ebene ausformuliert werden könnten (in Gesetzen oder Verordnungen). Andererseits fehlen Themenbereiche wie beispielsweise die interkantonale Zusammenarbeit oder die Zusammenarbeit mit dem Bund.

Aus ähnlichen Gründen haben in den letzten Jahrzehnten fast alle Kantone ihre Verfassungen total revidiert. Aus diesen Revisionen, deren Ergebnissen und den Erfahrungen dieser Revisionen könnte der Kanton Wallis nun grossen Nutzen ziehen und auf dieser Basis eine grundlegende Totalrevision vornehmen.

Einer Verfassung wird nach der Rechtslehre denn insbesondere eine Organisations-, eine Ordnungs-, eine Machtbegrenzungs-, eine Integrations- und eine Orientierungsfunktion zugesprochen. Daher wären bei einer Gesamtrevision der Kantonsverfassung diese Aspekte im Einzelnen und im Zusammenspiel einer vertieften Allgemein- und Expertenprüfung zu unterziehen. Bei einer Totalrevision kann dies ohne Vorurteile geschehen und ist aus den Expertenergebnissen jene Lösung anzuvisieren, die eine neue Verfassung in sich konsistent werden lässt und dem Kanton einen soliden Grundrahmen für die nächsten Jahrzehnte garantieren könnte.

Die Bundesverfassung stellt den eigentlichen rechtlichen Rahmen für eine neue kantonale Verfassung dar. Diese muss sowohl inhaltlich den bundesrechtlichen Anforderungen nachkommen als auch letztlich von der Bundesversammlung gewährleistet werden. So steht es ausdrücklich in Artikel 51 der Bundesverfassung:

¹Jeder Kanton gibt sich eine demokratische Verfassung. Diese bedarf der Zustimmung des Volkes und muss revidiert werden können, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten es verlangt.

²Die Kantonsverfassungen bedürfen der Gewährleistung des Bundes. Der Bund gewährleistet sie, wenn sie dem Bundesrecht nicht widersprechen.⁵⁵

Somit muss eine Revision der kantonalen Verfassung grundsätzlich die folgenden fünf Anforderungen erfüllen⁵⁶:

– *Geschriebene Verfassung.* Die Kantonsverfassung muss nach schweizerischem Bundesstaat schriftlich verfasst sein.

⁵⁵ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Systematische Sammlung des Bundesrechts, 101.

⁵⁶ Alexander RUCH, «Kommentar zu Art. 51 BV», in *Die Schweizerische Bundesverfassung, Kommentar*, hrsg. Bernhard EHRENZELLER et al., Zürich, 2002.

– *Demokratische Verfassungsordnung.* Es muss eine Organisation mit Gewaltengliederung vorliegen und im Sinne einer Mindestvorschrift muss das Volk nach allgemeinem und gleichem Stimmrecht ein Kantonsparlament wählen können. Praktisch ergibt sich aus dieser Organisationsautonomie keine Einschränkung für das Wallis. Das Wallis hat demokratische Instrumente entwickelt, wie zum Beispiel die Gesetzesinitiative und das Gesetzesreferendum, die über die geforderte repräsentative Form der Demokratie mit der Vertretung des Volkes im Parlament deutlich hinausreichen.

– *Verfassungsgebung durch das Volk.* Die Bundesverfassung bestimmt, dass eine obligatorische Volksabstimmung über die Kantonsverfassung und deren Annahme mit mindestens einfacher Mehrheit der Stimmenden nötig ist.

– *Änderungsmöglichkeit durch Verfassungsinitiative.* Die Bundesverfassung verlangt, dass die Kantone die Verfassungsinitiative vorsehen. Wenn es die Mehrheit der Stimmberechtigten verlangt, muss zu jeder Zeit eine Verfassungsänderung in Gang gesetzt werden können. Alle Kantone begnügen sich jedoch mit einer geringeren Unterschriftenzahl.

– *Vereinbarkeit mit dem Bundesrecht.* Die Kantonsverfassungen dürfen dem Bundesrecht nicht widersprechen, was als wichtigste Rahmenbedingung für den kantonalen Verfassungsgeber einzustufen ist. Das Bundesrecht gibt den Kantonen insbesondere Spielraum bei der politischen und verwaltungstechnischen Gliederung ihres Gebietes und der Organisation der Behörden und der Körperschaften des kantonalen Rechts. Auch der Spielraum bei der Ausgestaltung der politischen Rechte ist relativ grosszügig. Demgegenüber gilt die Grundrechtsordnung der Bundesverfassung auch im Verhältnis zwischen Individuum und Staat auf kantonomer Ebene. Die Bundeskompetenzen und die Normen über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen begrenzen die Verfassungsautonomie der Kantone doch relativ stark, denn praktisch alle Aufgabengebiete tangieren letztlich Bestimmungen des Bundesrechts. Das Gesetzes- und Verordnungsrecht des Bundes kann relativ schnell ändern, währenddem die kantonale Verfassung auf einen längeren Horizont von mehreren Jahrzehnten zielt. Der Vorrang des Bundesrechts vor kantonalem Recht gilt für jegliche Normstufe (Art. 49 Abs. 1 BV).

Die Rechtmässigkeit der kantonalen Verfassungen wird von den eidgenössischen Räten im Gewährleistungsverfahren geprüft (Art. 51 BV in Verbindung mit Art. 172 Abs. 2 BV). Die Gewährleistung des Bundes hat eine direkte deklaratorische Wirkung. Eine Kantonsverfassung kann damit letztlich auch vor ihrer Gewährleistung in Kraft treten. Sollte diese jedoch verweigert werden, kann eine Bestimmung rückwirkend hinfällig werden. Die gewährleisteten Kantonsverfassungen werden vom Bundesgericht nur unter bestimmten Voraussetzungen auf ihre Übereinstimmung mit dem Bundesrecht geprüft, nämlich wenn übergeordnetes Recht zum Zeitpunkt der Gewährleistung noch nicht bestand.

Diese Anforderungen sind ohne weiteres erfüllbar und eine moderne Verfassung würde dem Wallis gut anstehen. In Anbetracht dieser Überlegungen ist es nur noch eine Frage der Zeit und des politischen Willens und Konsenses, bis die Walliser Verfassung aus dem Jahre 1907 einer Gesamtrevision unterzogen wird. Eine Totalrevision gestaltet sich heute jedoch als dermassen komplex, dass wohl eine Verfassungskommission mit den entsprechenden Vorarbeiten beauftragt werden muss, in welcher der kantonalen Vielgestaltigkeit Rechnung zu tragen ist und sowohl Politiker, Behördenvertreter, Bürgervertreter als auch Experten aus Recht und anderen Gebieten zu integrieren wären. Diese müsste unter steter öffentlicher Information einen Entwurf erarbeiten, der in die Vernehmlassung geschickt wer-

den könnte und dann dem üblichen Verfahren mit einer Botschaft des Staatsrates zu Händen des Grossen Rates unterläge.

Zu wünschen wäre dem Wallis eine neue Verfassung, die auf einer offen geführten Diskussion basiert und eine moderne und weitsichtige Prägung erhält, welche dem Wallis und seiner Bevölkerung die Grundlage für eine gesunde Selbstständigkeit und eine erfreuliche Weiterentwicklung in einem unabhängigen Bundesstaat bietet.